

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im Voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen (täglich) behaltene Bestellungen entgegen. Unser Erscheinen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Baltikum, Mittelgebirge sowie die tschechischen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für den übrigen Ausland 27 M. Der Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 89.

Die schlagzeilige Konspiration oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Transportgebühren. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Transportgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2.50 M. netto pro Zeile. Berlin-Belagade in West-Anzeigen das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Tagung des Obersten Rates

Vor dem Beginn der Konferenz

Die Pariser Presse widmet den heute in Paris beginnenden Beratungen des Obersten Rates ausführliche Besprechungen, die allerdings nicht viel Neues enthalten. Sie sind ohne Zweifel von dem französischen Auswärtigen Amt inspiriert und drücken immer die gleichen Auffassungen aus. Am deutlichsten gehen sie aus dem Leitartikel der Sonntagsausgabe des „Temps“ hervor. Das Blatt sagt, daß jetzt in Paris eine Woche beginne, die über die Zukunft entscheiden werde. Die französisch-englische Einigkeit und der europäische Friede ständen auf dem Spiele. Zuerst müsse der Oberste Rat sich über die Truppenverstärkungen aussprechen. Es bestände die Möglichkeit eines deutschen Aufstandes in Oberschlesien und dann wären die alliierten Regierungen vielleicht dazu gezwungen, wenn sie an Ort und Stelle nicht sofort handeln könnten, Zwangsmaßnahmen gegen das gesamte deutsche Reich anzuwenden. Wenn keine Lösung der oberschlesischen Frage zu finden sei, die Frankreich als gerecht ansehen könne, so müsse man sie in der Schwebe belassen, denn keine französische Regierung könne einer Regelung zustimmen, die die Masse des Volks in Frankreich für ungerecht halte. Frankreich werde sich dann auf sich selbst zurückziehen und sich damit beschäftigen, einem deutschen Angriff vorzubeugen. Schließlich aber glaubt das Blatt doch, daß noch eine Verständigung zustande kommen werde.

Was über die Vorbereitungen für die Konferenz, über das Eintreffen der Minister in Paris und über ähnliche Dinge gemeldet wird, das verlohnt nicht der Wiedergabe. Lloyd George hat mit Briand nach seiner Ankunft eine Privatunterhaltung geführt, die erste Beratung des Obersten Rates soll Montag, nachmittags um 3 Uhr, beginnen. Die englische Presse berichtet in Bestätigung früherer Mitteilungen, daß England von seinem bisherigen Standpunkt in der oberschlesischen Frage nicht abweichen und auch für die sofortige Aufhebung der Sanktionen eintreten werde.

Die Diktatur der Demokratie

Die kommunistischen Mandate für nichtig erklärt

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Belgrad gemeldet wird, wurden in Ausführung des sogenannten Gesetzes zum Schutze des Staates sämtliche kommunistischen Mandate in der Nationalversammlung, nahezu 60, für nichtig erklärt. Die kommunistischen Abgeordneten wurden vom Polizeidirektor angefordert, Belgrad unverzüglich zu verlassen.

Der Mörder Tizsa verhaftet

U. Hamburg, 8. August.

Der Mörder des ungarischen Ministerpräsidenten Tizsa, der frühere Offizier Czsernyak, wurde gestern in Hamburg ermittelt und verhaftet. Er war hier in einer Automobilwerkstatt beschäftigt und hatte einen umfangreichen Briefwechsel nach Budapest und Wien. Als er Briefe vom Postamt abholen wollte, wurde er verhaftet.

Auflösung des bulgarischen Heeres

Nach einer Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur aus Sofia, hat die interalliierte Militärkommission die Auflösung des bulgarischen Heeres innerhalb einer Frist von zwei Monaten, sowie die Umgestaltung des künftigen Heeres in ein freiwilliges Heer gefordert. Das bulgarische Bureau bemerkt dazu: Obgleich das jetzige Heer aus der allgemeinen Dienstpflicht hervorgegangen ist, übersteigt es doch nicht die im Friedensvertrag festgesetzten Höchstzahlen. Wenn Bulgarien das ganze Heer auflöst, so wie es die interalliierte Kommission verlangt, so wird das Land von diesem Tage an ohne Heer sein. Denn die von der Regierung unternommenen Versuche, Freiwillige auf die Dauer von 12 Jahren zu werben, sind erfolglos geblieben. Der neue Schritt der interalliierten Kommission hat auf das bulgarische Volk und die Presse einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Man hatte sich der Hoffnung hingeeben, daß die Auflösung des Heeres nach und nach erfolgen könne, damit das Land im gegebenen Augenblick nicht ganz ohne Heer dastehe.

Die Operationen im Orient

Athen, 7. August. (Pressebüro.)

Der Ministerpräsident Sunaris und der Kriegsminister sind an Bord eines Zerstörers im Piräus eingetroffen. Vor seiner Abfahrt dorthin erklärte Sunaris, er sei durch die Ergebnisse der militärischen Operationen vollkommen befriedigt. Die Haltung des Heeres sei vorzüglich gewesen, und es sei bereit, jede

Die Tagesordnung der Konferenz

Paris, 7. August.

Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmassnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsschuldigen, die Frage der Herstellung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Oesterreichs.

Der Bericht der Sachverständigen

Paris, 7. August.

Wie Janas mitteilt, haben die alliierten Sachverständigen, die mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage beauftragt waren, gestern den Bericht an den Obersten Rat beendet, in dem das Ergebnis ihrer Arbeiten niedergelegt ist. Der Bericht enthält Punkte, über die eine Einigung erzielt wurde, und Punkte, die Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Der Sachverständigenausschuß überläßt dem Obersten Rat die endgültige Entscheidung über Oberschlesien.

Keine Erörterung der Kredithilfe für Oesterreich vor dem Obersten Rat?

EE. Paris, 8. August.

Die Frage der österreichischen Kredithilfe wird auf der Tagung des Obersten Rates nicht erörtert werden können. Von englischer Seite wird ausdrücklich geltend gemacht, daß hierfür keinerlei Unterlagen vorhanden seien, so daß erst Sachverständige die Frage prüfen müßten. Ramentlich sei an eine Vereinfachung der österreichischen Finanzen durch die Alliierten nur dann zu denken, wenn die österreichische Regierung mit aller Energie im Innern des Landes die Finanzen selbst ordne. Vor allem müsse das wüste Wirtschaften mit dem Gelde aufhören, das Oesterreich immer tiefer gebracht hätte. Die heutigen Pariser Morgenblätter haben dann auch bei der Erörterung des Programms des Obersten Rates den Punkt „Kredithilfe für Oesterreich“ bereits vollständig verschwinden lassen.

weitere Aktion durchzuführen. Bei seiner Landung im Piräus teilte Sunaris den anwesenden Vertretern der Presse mit, daß die Operationen alsbald wieder aufgenommen und bis zur völligen Niederwerfung des letzten Widerstandes des Feindes fortgesetzt werden würden. Der Ministerpräsident fügte hinzu, er beabsichtige zurzeit keine Reise nach dem Westen. Von einer Enderklärung der augenblicklich in Perien befindlichen Nationalversammlung sei keine Rede.

Freilassung der Mitglieder des Sinnfeinerparlaments

Dublin, 7. August.

Nach einer amtlichen Veröffentlichung hat die Regierung in Gemäßheit des von dem Premierminister öffentlich geleisteten feierlichen Versprechens, daß die britische Regierung in jeder möglichen Weise die im Gange befindlichen Bestrebungen zur Herbeiführung des Friedenszustandes in Irland fördern werde, nunmehr beschlossen, unverzüglich und bedingungslos alle Mitglieder des Sinnfeinerparlaments freizulassen, die gegenwärtig interniert sind oder in Gefängnissen sich befinden. Die einzige Ausnahme bildet Mac Keown, ein überführter Mörder. Es verlautet, daß die irischen Führer auch auf seine Freilassung dringen.

Neuer Konflikt?

London, 8. August.

Die Entscheidung der englischen Regierung, Mac Keown von der Freilassung der Mitglieder des Sinnfeinerparlaments, die der Freiheit beraubt waren, auszunehmen, weil er des Nordes überführt sei, hat in Irland eine schwierige Lage geschaffen. Das Sinnfeinerparlament hielt am Sonnabend bis zu später Stunde eine Sitzung ab, in der mit Bestimmtheit erklärt wurde, ohne Freigabe Mac Keowns liege die Möglichkeit vor, daß die Sinnfeiner den Waffenstillstand sofort abbrechen würden.

Englands Hilfeleistung für Rußland

London, 7. August.

Wie der politische Berichterstatter der „Sunday Times“ meldet, hat eine Abordnung der russischen Handelsdelegation in London Lloyd George einen Appell der Sowjetregierung überreicht, in dem diese um Hilfe bei der furchtbaren russischen Hungersnot bittet. „Sunday Express“ zufolge hat die britische Regierung über eine neue endgültige Politik zur Unterstützung Rußlands auf dem Gebiet des Handels Beschluß gefaßt und wird den Ueberseesendungsplan auch auf Rußland ausdehnen. Die britische Regierung wird auch den Beschlüssen des Obersten Rates mit Bezug auf die Organisation der Sendungen für Rußland zustimmen.

Der Zerfall der Demokratie

In der „Welt am Montag“ beschäftigt sich Herr v. Gerlach unter diesem Titel mit der Frage des kommenden Bürgerblocks für die kommenden Stadterordnungen zu wählen. Ein Teil der demokratischen Presse tue so, als handle es sich dabei um etwas ganz Unbedeutendes. Mit allem Aufwand sittlicher Entrüstung werde gegen diesen Plan zu Felde gezogen, bis eines Tages die angebliche Verleumdung der Demokraten die Wahrheit von morgen geworden sein werde. Das wirkliche Schlimme sei gar nicht der Plan dieses Bürgerblocks von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, sondern vielmehr die Tatsache, daß ungezählte Mitglieder der deutschen demokratischen Partei mit ganzem Herzen nach einer antisozialistischen Koalition gieren. Seien die Demokraten in ihrer Gesinnung aber schon so weit fortgeschritten, dann sei es besser, sie werde auch offen durch den Bürgerblock realisiert. Gerlach fährt fort:

Ich habe unmittelbar nach der Revolution die Gründung der Deutschen Demokratischen Partei begrüßt und an ihr teilgenommen. Ich hoffe, etwas von dem ungeheuren Impuls, den die große französische Revolution von 1789 dem französischen Bürgertum gegeben hatte, werde auch in der deutschen Revolution von 1918 fließen. Es gab bis dahin keine deutsche bürgerliche Demokratie. Aber konnte das große Ereignis nicht endlich ein großes Geschlecht schaffen?

Ich habe mich schwer geirrt. Wie manche andere Revolutions-Illusion ist auch diese zerbrochen. Die Deutsche Demokratische Partei ist heute im Kerne nichts anderes, als was einst der Freisinn war. Man hat etwas Zuzug von rechts, von den ehemaligen Nationalliberalen, bekommen. Aber die alten Nationalliberalen sind nicht durch den Freisinn demokratisiert worden, der Freisinn ist vielmehr durch die nationalliberalisiert worden.

Der Bürgerblock ist schon heute eine Tatsache, offen in Bayern, in Gotha in Braunschweig, in einer Menge von Städten und Gemeindepertinzen, etwas verhüllt in Preußen und in Thüringen. Was in Berlin sich vorbereitet, wäre nur ein neues Glied in einer schon langen Kette. Nur, daß es keine besondere Konsequenzen haben müßte, weil es sich an so sichtbarer Stelle vollzieht.

Wenn der Bürgerblock in Berlin wirklich Tatsache wird, muß er zur Sprengung der Demokratischen Partei führen. Ein sehr großer Teil ihrer Mitglieder und vor allem ihrer Führer ist ja längst reif für die Fusion mit der Deutschen Volkspartei. Manche würden sie nicht mitmachen können. Wenigstens kann ich mir das von Hugo Preuß, von Otto Ruzsike, von Anton Seltenow, von vielen Frankfurter und hessisch-nassauischen Demokraten nicht vorstellen. Sie müßten eben dann, soweit ihnen ihre Überzeugung einen Eintritt zur Sozialdemokratie nicht gestattet, als demokratische Außenleiter ihre bisherige Politik fortsetzen, ebenso wie einzelne Zeitungen, denen man ernsthaft Demokratie nicht absprechen kann. Aber das Gros würde sich zwanglos in die Deutsche Volkspartei und in den Bürgerblock einfügen. Steht es doch heute offensichtlich schon da, wo der Freisinn zu den Zeiten des Wilhelms stand. Sein Antisozialismus ist so groß, daß ihm der Bund auch mit Antidemokraten als das kleinere Übel erscheint.

1918 habe er gehofft, so sagt Gerlach weiter, daß es in Deutschland möglich sein werde, eine große radikal-demokratische Partei zu bilden, nicht auf den Sozialismus eingeschworen, aber erst recht nicht antisozialistisch. Er habe diese Hoffnung nicht mehr. Der Weltkrieg habe sich als ein Fluch für die bürgerliche Demokratie nicht nur bei uns, sondern auch in England und Frankreich erwiesen. Zum Schluß gibt Gerlach seiner Meinung darin Ausdruck, daß der Bürgerblock wenigstens das Gute im Gefolge haben werde, die beiden sozialistischen Parteien fast automatisch zu einander zu treiben. Er unterschätze die Schwierigkeiten einer sozialistischen Einigung nicht. Die Unabhängigen seien mit einem politisch verhängnisvollen Dogmatismus behaftet, der sie sich an unfruchtbare Formen klammern lasse. Die Mehrheitssozialisten hätten sich zum großen Teil noch immer nicht von dem verruchten Opportunismus freigemacht, der sie unentwegt die Kriegskredite bewilligen ließ und sie auch heute von dem Bekenntnis abhält, daß das eine Sünde war. Wenn jedoch in den Gewerkschaften die Arbeiter einig bleiben könnten, so müßten sie in der Partei einig werden können. Je mehr die Hoffnung auf die bürgerliche Demokratie begraben werde, um so dringender werde die Notwendigkeit der Einheit der sozialistischen Demokratie.

H. v. Gerlach ist einer von jenen wenigen aufrichten Demokraten, die ihre ehrliche Gesinnung nicht verleugnen, auch wenn sie im einzelnen irren mögen. Bei ihrer ideologischen Veranlagung muß ihnen eine Entwicklung schmerzlich sein, die doch eine historische Notwendigkeit ist. Der Zerfall der Demokratie nicht nur bei uns, sondern auch in der übrigen Welt, ist keine zufällige Erscheinung, eben so wenig wie die Beschleunigung dieses Zerfalls durch den Krieg. Die Verelendung der minderbemittelten Bevölkerung hat in allen Ländern einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Klassengegensätze drängen zu einem immer stärkeren Ausbruch. Das muß von selbst auf der einen Seite die Arbeiterklasse, auf der anderen Seite die bestehenden Kreise zum Zu-

Jammenschluß drängen. Es gibt nur das eine, oder das andere: Entweder Aufrechterhaltung der bisherigen wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse und damit die Verewigung des Elends, des Hungers, der Ausbeutung der Nichtbestehenden, oder die Errichtung einer neuen wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung auf Grund der Forderungen des Sozialismus. Zwischen diesen beiden Polen ist für eine bürgerliche Demokratie, die Kapitalismus und Sozialismus, Wolf und Lamm miteinander versöhnen möchte, kein Raum mehr.

Den bürgerlichen Demokraten muß die Trennung von ihrer bisherigen Illusion überaus schmerzhaft sein. Das können wir begreifen, ebenso wie wir verstehen, daß ihnen die Grundlage der Unabhängigen Sozialdemokratie als „Dogmatismus“ erscheinen. In Wirklichkeit steht die Unabhängige Sozialdemokratie auf dem Boden jener Auffassungen, die die alte sozialdemokratische Partei groß und stark gemacht und ihr das Vertrauen der Massen in ununterbrochen wachsendem Maße erobert hat. Wie wenig dogmatisch aber wir veranlagt sind, das ergibt sich daraus, daß wir nicht an dem Programm der alten Partei klammern, das den früheren politischen Verhältnissen entsprechend haben muß, sondern aus der revolutionären Entwicklung unserer Zeit unsere Auffassungen schöpfen und von hier aus unsere Taktik bestimmen. Was uns von den Rechtssozialisten trennt, ist nicht unser „Dogmatismus“, sondern unser Festhalten an den Grundlinien der sozialistischen Erkenntnis. Und die Lehren uns, daß die Gegensätze zwischen kapitalistischer Welt und Proletariat nicht durch eine Versöhnung der beiden Klassen überbrückt, sondern nur durch den Klassenkampf ausgerollt werden können.

Wie recht im übrigen Herr v. Gerlach mit seiner Voraussage hat, daß es trotz des Einspruchs einzelner demokratischer Kreise zum Bürgerblock kommen werde, das geht auch aus einer Zuschrift hervor, die Dr. Theodor Hirschfeld, Vorstandsmittglied der demokratischen Partei in Spandau, in der „Spandauer Zeitung“ vom 4. August veröffentlicht. Der demokratische Führer sagt, daß das demokratische Bürgertum sich mit der Tatsache einer in Groß-Berlin errichtenden Diktatur abzufinden habe, deren Wiedererzelen unter allen Umständen zu verhindern ein Gebot der Stunde sei.

Für die demokratische Partei könne daher die Wahlsparole nur lauten: „Kampf gegen links, Brechung der rein-sozialistischen Mehrheit!“ Eine gemeinsame Bürgerliste habe zwar für die demokratische Partei wesentliche Bedenken, „doch“, so führt Dr. Hirschfeld wörtlich aus:

„Bei den diesmaligen Stadtverordnetenwahlen handelt es sich nicht um Parteifragen, sondern um Fragen der Wirtschaft, der Kommunalisierung und Sozialisierung, und die Zukunft in der „Spandauer Zeitung“ vom 1. August hat zu Recht behauptet, daß in diesem Punkte die Demokraten genau so bürgerlich denken müßten, wie die anderen nichtsozialistischen Parteien. Wenn aber der in Frage kommende Artikel es so darstellt, daß „von demokratischer Seite Strömungen im Gange sind, die aus allgemeinen politischen und aus Koalitionsrücksichten von einer bürgerlichen Einheit nichts wissen wollen“, so entspricht das, soweit es die Berliner Demokraten betrifft, jedenfalls nicht den Tatsachen. Es ist müßig, bereits jetzt etwas Sicheres über die Haltung der Deutschen demokratischen Partei, die doch noch immerhin den größten Teil des liberalen Bürgertums vertritt, sagen zu wollen. Die Berliner Demokraten sind, soweit ich unterrichtet bin, grundsätzlich bereit, einer Verständigung zwischen den übrigen bürgerlichen Parteien näher zu treten. An ihnen soll es gewiß nicht liegen, wenn das Bürgertum nicht einheitlich vorgehen sollte.“

Herr Dr. Hirschfeld bringt dann einige Forderungen vor, die die Koalitionsparteien erfüllen müßten. Sie sollen sich auf den Boden der Einheitsgemeinde stellen und dort für eine „aufbauende Politik“ eintreten. Alle Streitigkeiten innerhalb der bürgerlichen Parteien müßten im Interesse des gemeinsamen Kampfes sofort aufhören, zwischen ihnen müsse ein Bürgerfriede zustande kommen. Die Deutschnationalen müßten sich jeder Klassen- und konfessionellen Besetzung enthalten. Würden der demokratischen Partei diese

Garantien gegeben, so liege kein Grund vor, den Gedanken einer Bürgerliste nicht zu verwirklichen. An der demokratischen Partei werde es gewiß nicht liegen, wenn die Gelegenheit, dem Bürgertum die nötige Stützkraft zu verleihen, verpaßt werde. Die „Spandauer Zeitung“ bringt dann noch als Ergänzung zu diesen Ausführungen die Meldung, daß die vor einigen Tagen verbreitete Mitteilung „Kein Bürgerblock“ den Tatsachen nicht entspreche. Die Aussichten für ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien bei den Stadtverordnetenwahlen seien durch die Verhandlungen der letzten Tage im Gegenteil gewachsen.

Die Arbeiterschaft Berlins hat also mit der Tatsache zu rechnen, daß der Bürgerblock für die kommenden Stadtverordnetenwahlen nicht nur im Werden ist, sondern schon dicht vor der Rollendung steht. Alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, bestritten nur der eine Gedanke: Fort mit der sozialistischen Mehrheit im Stadtparlament! Ob der kapitalistische Besitz sich in katholischen, evangelischen, jüdischen oder theistischen Händen befindet, alle drängen sie darauf, der Arbeiterklasse bei den kommenden Wahlen einen Schlag zu versetzen, der ihr die Erfüllung sozialistischer Forderungen so bald nicht mehr möglich machen soll. Schon wird im „Lokalanzeiger“ ein Aufruf veröffentlicht, der die Bürger Berlins zum gemeinsamen Handeln gegenüber dem Proletariat auffordert. Es steht kein Name darunter, es wird auch keine bestimmte Partei genannt, sondern daran erinnert, daß alle bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen bisher schon zusammengegangen seien, und daß sie deshalb jetzt auch gemeinsam schlagen müßten.

Die Arbeiterklasse Berlins weiß jetzt, wo ihr gemeinsamer Feind steht. Sie darf sich nicht nur auf die Abwehr beschränken, sondern sie muß zum Angriff vorgehen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat von Anfang an darauf verwiesen, daß der geschlossenen Front der Bourgeoisie die geschlossene Front der werktätigen Bevölkerung entgegengesetzt werden muß. In diesem Sinne wird sie den Wahlkampf führen und sie vertraut darauf, daß die Berliner Arbeiterschaft die Pläne der Reaktion zunichte machen wird!

Verfehlter Beruhigungsversuch

Halbamtlich wird mitgeteilt:

Die bisher veröffentlichten amtlichen Richtlinien des Kabinetts über die neuen Steuerpläne der Regierung Wirth bilden noch keineswegs den Abschluß der großen Finanzreform. Der Gedanke der Beteiligung des Reiches an den Sachwerten ist vorläufig nur zurückerstellt. Die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten bildet nach wie vor den Gegenstand eingehender Beratungen der Regierung, wenn auch wohl anzunehmen sein dürfte, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt mit den gestern bekanntgegebenen fünfzehn neuen Steuern das Finanzprogramm des Kabinetts Wirth zu einem gewissen Abschluß gelangt ist.

Diese offiziöse Verlautbarung scheint immer noch von der verfehlten Meinung auszugehen, daß sich die Öffentlichkeit damit abfinden werde, daß die bekanntgegebenen 15 neuen Steuern vorweg beraten werden können, und daß man in gottgegebenen Langmut warten werde, bis das Kabinett mit seinen Beratungen über die Erfassung der Sachwerte zu Ende gekommen sei.

Die Danziger Vorgänge

Der Danziger Volkstag beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Antrag der Mehrheitssozialisten auf Hastentlassung der kommunistischen Abgeordneten Kahn und Schmidt. Die bürgerlichen Parteien gaben eine Erklärung ab, in der sie sich mit dem Vorgehen des Senats einverstanden erklärten. Die Polen und die Linksparteien machten dem Senat den Vorwurf, daß er die Verfassung und die Gesetze gebrochen habe, und erklärten, im Falle der Ablehnung des mehrheitssozialistischen

Antrages sich an den weiteren Arbeiten des Parlaments nicht mehr beteiligen zu wollen. Der Antrag auf Hastentlassung wurde mit 52 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokratische Partei brachte sodann einen weiteren Antrag ein auf Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zum 30. Oktober. Mit diesem Antrag wird sich das Plenum am nächsten Mittwoch beschäftigen. Ferner wurde ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Senator Schüller von den Linksparteien eingebracht und angenommen. Der Präsident des Volkstages Matthaï gab während der Sitzung die Absicht bekannt, sein Amt niederzulegen.

Eigentümliche Ehrbegriffe

Aus Kreisen von ehemaligen U-Boots-Offizieren ist nach einer Meldung der „Telunion“ an die Oberleutnants z. S. Dittmar und Soldt folgendes Telegramm gesandt worden:

Viele hundert frühere U-Boots-Offiziere haben mich als Feindzeit ältesten U-Boots-Kommandanten beauftragt — und ich glaube, damit allen U-Boots-Offizieren aus dem Herzen zu sprechen —, Euch zu sagen: Kein Spruch des Reichsgerichts kann daran etwas ändern, daß Ihr den Vaterland in seinem Daseinskampf gegen eine Welt von Feinden, der Kriegeplage und den Kameraden die Treue gehalten habt. Ihr bleibt unsere treuen Kameraden wie bisher, und vor unsern Augen steht Ihr weiter in der Uniform, die Ihr mit Ehre getragen habt. Ihr wißt, daß der Gedanke, draußen vor dem Feind dem Kommandanten den Gehorsam zu verweigern, keinem U-Boots-Offizier jemals gekommen ist und auch künftig nie kommen wird. Treue um Treue gilt auch heute noch bei unserer alten geliebten Woffe.

gez. Rophamel, Fregattenkapitän a. D. und ehemaliger Kommandant auf S. M. U. 151 und U. 140.
Die deutschen Offiziere haben seit je eigentümliche Ehrbegriffe entwickelt. Die Ehre, die darin liegen soll, jeden Befehl des Vorgesetzten, sei er noch so gemein und niederträchtig, blindlings auszuführen, jene Ehre, die in der Ausschaltung des eigenen Denkens beruht und den Untergebenen zum willen- und feilseligen Werkzeug herunterwürdigt, jene Ehre ist keine Ehre, sondern Unehre.

Die „Ages“ geht um!

Das „Berliner Tageblatt“ bringt an verstedter Stelle folgende Nachricht:

„Aus Vorkreisen wird uns geschrieben, daß in letzter Zeit von ehemaligen Offizieren in abenteuerlicher Kleidung eine rege Sammelstätigkeit für Oberschlesien eingeleitet wird. Diese Herren erzählen, sie hätten an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen. Da die Kämpfe täglich wieder ausbrechen könnten, und um den Polen zu begegnen, müßten geheime Formationen unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaften“ so schnell als möglich aufgestellt werden. Sie treten an Berliner Großfirmen heran, um von diesen geldliche Unterstützung zur Aufstellung der Kampftruppen zu erlangen. Daß jede Werbemöglichkeit für militärische Zwecke durch Reichsgeheh unter Strafe gestellt ist, kümmert diese Herren wenig, da sie nach ihrer naiven Auffassung la die „Arbeitsgemeinschaften“ zu fördern beabsichtigen. Der Zweck dieser Sammelstätigkeit ist für jeden auf den ersten Blick klar. Der anständige Mensch empfindet es aber traurig, daß unser bedrängtes Oberschlesien durch Reichsgeheh benutzt wird, um damit Ziele zu verfolgen, die dem gesamten Vaterlande vererblich werden können. Wir warnen vor diesen „verkappten“ Helfern.“

Die „Arbeitsgemeinschaften“ ehemaliger Soldaten rüsten also erneut zum Kampf. Sie sammeln Gelder, um Krieg führen zu können. Weiß nun die Regierung endlich, daß die „Arbeitsgemeinschaften“ illegale militärische Formationen sind, die auf Arbeit sehr wenig Wert legen, dafür um so mehr auf den Kampf gegen die Republik eingestellt sind. Die „Deutsche Zeitung“ bringt die Nachrichten über die „Arbeitsgemeinschaften“ in ihrer militärischen Wochenbeilage „Deutsche Wehr“ unter. Sie rangiert sie also ganz richtig ein. Wenn die Regierung gegen diese Formationen nichts zu unternehmen werden, dann muß angenommen werden, daß sie die Richtungen der illegalen Organisationen zum Kampf gegen die Republik billigt.

Der Neger und das blonde Mädchen

Von Rolf Koll.

(Nachdruck verboten.)

In Amerika werden ab und zu Neger geliebt. Es ist dabei nicht immer nötig, daß der Schwarze ein weißes Mädchen mit oder ohne dessen Einwilligung „vergewaltigt“ hat. Es genügt manchmal schon, wenn er das Recht ertröhen wollte, mit einem Yankee im selben Stuhl zu reiten oder am gleichen Tisch mit ihm seine Mahlzeit einzunehmen.

In Europa ist man nicht so. Schon deshalb, weil es bei uns verhältnismäßig wenig Neger gibt und man sie zu den verschiedensten Geschäften gut brauchen kann. In Deutschland z. B. waren sie beim Militär sehr beliebt. Wir alle erinnern uns mit Vergnügen des Bildes aus unserm Lesebuch, auf dem die „langen Kerle“ Friedrich Wilhelms I. abgebildet waren. Gewissenhaft war darunter vermerkt: „Der Trommler ist ein Neger“. Wieviel bescheidener Stolz lag in dieser nüchternen Feststellung! Wer da weiß, daß die Potsdamer Riesengarde ein Negeregiment war, das durch geschickte organisierten Menschentanz in aller Herren Länder zusammengekauft wurde, wird ermaßen, wieviel Scharfsinn und Geld dazu gehört haben mögen, um in einer Zeit, die noch keinen Hagenbeck kannte, dieses seltene Exemplar zu erwerben. Im übrigen ist die schwarze Heberlieferung von der Riesengarde auf die roten Potsdamer Husaren übergegangen. Deren Kapelle ritt (und reitet wohl noch heute) ein schwarzer Kesselpaukenträger voran, der es bis zum Unteroffizier gebracht hat und damit der unmittelbare Vorgesetzte von ein paar hundert raffinerien märkischen Bauernjungen war. Auch außerhalb des Heeres sieht man den Neger am liebsten in Uniform: im weißen Dreß des Stewart, in der Generalsuniform des Türstehers und lofern er jung und wohlgewachsen, in der knappen, goldknopfgezierten Livree des Fährstuhlführers, — eine ebenso tatte wie wohlberrechnete Aufmerksamkeit gegenüber dem weiblichen Geschlecht.

Die Neger in Europa sind also für das Lynchen zu kostbar. Andererseits ist das Lynchen ein amerikanischer Sport. Es geht also nicht an, daß man ihn bei uns gänzlich außer Acht läßt. Ein Neger Kopf erford deshalb den „mehrfach lynchbaren Neger“, mit dem ein freier Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde und für dessen berufliche Tätigkeit man besondere Schutzmaßnahmen traf. Nachdem besagter Neger bei der Krankenkasse und der Unfallversicherung angemeldet worden war, standen der Einführung des Lynchsports in Deutschland weder gesetzliche, noch polizeiliche, noch sonstige Bedenken entgegen.

Ich selbst habe gesehen, wie dieser Neger im Laufe einer kleinen Stunde etwa ein Dutzend Mal geliebt wurde. Man hatte ihn zu diesem Zweck auf eine kleine hölzerne Plattform gestellt, die dort oben auf einer dünnen Stange auf mit einer 200 Meter

kleidet. Unter ihm befand sich ein mehrere Meter tiefes Wasserbassin. Außerdem gehörte zu der Geschichte noch eine Art Schiebscheibe, die so angebracht war, daß der Neger sie nicht sehen konnte. Nach dieser Scheibe warf man mit Holzballen. Es war nicht ganz leicht, die Scheibe zu treffen. Probalte aber einmal der Ball dagegen, so brach automatisch die Stange unter dem Neger fort und er stürzte aus drei Meter Höhe ins Wasser, schwamm ans Ufer, kletterte pudelnah am Gerüst hoch, brachte seinen Sitz wieder in Ordnung und wartete geduldig, bis es wieder gelang, ihm die Stange unter dem Gesäß fortzuschlagen. Wohlgerne: der Neger konnte die Scheibe nicht sehen und die Flugbahn der Bälle nicht verfolgen. Er mußte jede Sekunde damit rechnen, in die Tiefe zu stürzen. Von vier Uhr nachmittags bis elf Uhr abends mußte er dauernd in „innerer Bereitschaft“ sein. Und die einzigen Erholungspausen, die sich ihm boten, waren die wenigen Minuten, in denen er nach einem Sturze das Bassin durchschwamm und am Gerüst hochkletterte. Da konnte die Spannung nachlassen.

Ich möchte keinen Akt echter Lynchjustiz erleben, aber ich glaube, die Menschen, die daran teilnehmen, sind in ihrer Tierhaftigkeit nicht so verworfen, wie das gebildete europäische Publikum, das sich für je eine Mark das Recht auf das Vergnügen erkaufte, diesen Neger symbolisch zu lynchen. Der Yankee scheut das entsetzliche Gescheh zu Tode Gefolterten nicht, das fürchterliche Knacken brechender Knochen, den Anblick blutig geschundener Gliedmaßen nimmt er mit in Kauf und hat keine Angst, es möchte ihm der tote Jimmy nachts erscheinen und als Alldrud auf der Brust lassen. Die junge Dame, die mit dem Ball nach der Scheibe wirft, um den Neger ins Wasser purzeln zu lassen, kostet genau die gleiche gemeine Gier aus, — aber sie ist zu feige, einen Angriff auf ihre Kerpen zu riskieren. Dieser Schwarze schreit nicht, — er fliecht nur grinsend die Zähne. Er läuft kopfüber aus der Höhe, — aber ihr wißt, er wird sich nicht den Wollschädel jerschmettern, und der Kerpenkel ist dort der gleiche. Wenn ihr den Ball fliegen seht, zittert ihr in dem Wunsch, er möchte die Scheibe treffen. Das ist der Erfolg für die herzhaftere Freude eures amerikanischen Sportgenossen, der statt der Holzballen Pflastersteine schleudert und ein inniges Begnügen spürt, wenn das Blut aus der Wunde stürzt. Ihr habt diesen Sport „humanisiert“, und er steht auf der gleichen Stufe wie eure humanisierten Kriege.

Der Neger auf der Stange hat eine Leidensgefährtin: das blonde Mädchen im Schaufenster. Ihr Apparat ist viel einfacher, die Sensation, die sie zu bieten hat, ist gar keine, das Honorar, das sie erhält, wird sich mit dem des lynchbaren Schwarzen nicht vergleichen lassen. Sicher nicht; denn wäre sie teuer, so hätte man ihre doch wohl die kunstvolle Puppe ins Fenster gestellt, eine als Mensch verkleidete Maschine. Aber das lebendige

Das blonde Mädchen im Schaufenster sitzt an einem Tisch, auf dem sich ein Gaslocher und eine auf niedrigem Stativ montierte Gaslampe befinden, nebst den nötigen Leitungsgliedern. Mit der einen Hand dreht sie die Gasähne auf und zu, mit der andern hält sie einen neuartigen „Anzünder“ über das austretende Gas, das sich an ihm entzündet. Brennt der Röhler und glüht die Lampe, so dreht sie die Hähne wieder zu und das Spiel beginnt von neuem. Das Ganze hat keinen andern Zweck, als dem vorbeigehenden Publikum zu zeigen, daß dieser „Schlager“ kein Humbug ist. Nur um das allzuberechtigste Mißtrauen der Leute gegenüber neuen „Erfindungen“ zu zerstreuen, muß sich ein lebendiger Mensch hinlegen und acht Stunden lang nichts anderes tun als: Hahn auf! Hahn zu! Hahn auf! Hahn zu! Dreimal in der Minute, einhundertundachtzig Mal in der Stunde, eintaufendvierhundertundvierzig Mal während des achtstündigen Arbeitstages. Nur, weil ein lebendiger Mensch billiger ist, als eine kleine maschinelle Einrichtung, welche die gleichen Dienste tun würde.

Der Neger auf der Stange ist vom besseren Vöbel geliebt worden. Vor dem Schaufenster mit der lebendigen blonden Puppe bleiben zumest kleine Leute und Arbeiter stehen. Sie sehen: „Das Dings funktioniert“. Wer von ihnen aber sieht, daß um ihnen dieses zu zeigen, der gemeinste Mißbrauch mit einer lebendigen Seele getrieben wird? Jeder von ihnen hat schon in grimmig darüber geklagt, daß das eiserne Zeitalter ihn nur als Maschine gemacht hat, daß er feilselose Arbeit leistet. Aber, Freunde, eure Arbeit hat doch einen Sinn, es kommt doch etwas heraus dabei. Und eure Arbeit ist unentbehrlich, — sonst hätte längst eine Maschine sie übernommen. Das Mädel im Schaufenster aber tut, was sinnlos und entbehrlich ist. Sie dient einer Spekulation auf die Schaugier der Menge, just wie ihr Gefährte, der Neger auf der Stange. Sie und er sind nur Mittel zum Zweck, werden gebraucht, ohne daß man ihnen Menschenrecht und ihrer Menschenwürde achtet. Dies hat Kant als die größte stilkliche Schmach bezeichnet.

Und nun bitte ich sehr diejenigen um Verzeihung, die sich durch den Titel berechtigt glauben, einen Beitrag zur „Schwarzen Schmach“ erwarten zu dürfen und sich in ihren angenehmen Erwartungen enttäuscht sehen. Aber ich muß gestehen: sollte es etwa dem Neger und dem blonde Mädchen einfallen, allem Patriotismus und Kasenhochmut zum Trotz in wilder Ehe miteinander zu leben, so würde ich das als eine geradezu verabschwendende Lösung ansehen gegenüber der „weißen Schmach“, die unsere Kultur an beiden verübt.

Tages-Notizen

Erkennungsnummer: Trienen-Deutscher: 9. Die große Leidenschaft. — Köln: Theater: 11. „Jugend“. — Theater in der Königgräber Straße: 12. „Ritter“. — Volkstheater: 13. „Der Opernhaus“.
Im Großen Schauspielhaus gelangt heute nicht „Die Weber“, sondern „Johann Seyer“ zur Aufführung.

Arbeiter, Angestellte und Beamte

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung die dazu führte, die Arbeiter von den Produktionsmitteln loszulösen und diese in den Händen weniger Kapitalisten anzusammeln, entstand die moderne Arbeiterbewegung. Diese Entwicklung taubte bei ihrem weiteren Fortschreiten auch den Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr die Möglichkeit, einmal „selbständig“ zu werden; auch sie wurden für immer Lohnarbeiter. Sobald die Angestellten dies erkannten, begannen sie naturgemäß in ihrer Weltanschauung von den Kapitalisten abzurücken und sich den Arbeitern, ihren Klassenverwandten, zu nähern. Dieser Prozess ist noch keineswegs abgeschlossen, wie ja auch bei den Arbeitern noch keine Rede davon sein kann, daß sie alle Klassenbewußt waren. Immerhin aber sehen wir, wie sich neben den freien Arbeitergewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) auch freie Angestellten-gewerkschaften (Afa-Bund) gebildet haben.

Die in den Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter sind den Ideen der modernen Arbeiterbewegung bisher schwerer zugänglich gewesen, weil Staat und Gemeinden insofern die brutalsten Unternehmer waren, als sie dieselben Arbeiter maßregeln, der überhaupt unzufrieden war und diese Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte. Das ist nach der Revolution besser geworden; die Arbeitererschaft hat eine größere Zahl von besoldeten und unbesoldeten Vertretern in die Verwaltungen des Staats und der Gemeinden hineingebracht, die dort freierliche Ideen vertreten.

Infolgedessen bahnt sich aber auch ein anderes Verhältnis der Staats- und sonstigen Beamten zur Arbeiterbewegung an. Die Beamten, deren Aufgabe es bisher war, im kapitalistischen Interesse die Arbeiterbewegung niederzuhalten, beginnen sich selbst als ein Teil dieser Bewegung zu fühlen. Freilich sind das bisher nur schwache Anfänge — aber gerade darum müssen sie gehet und gepflegt werden.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund haben jetzt mit den leitenden Instanzen des Deutschen Beamten-Bundes ein Abkommen vorbestätigt der Zustimmung seiner Mitglieder getroffen, in dem es heißt, man wolle 1. in der Wahrung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammenwirken, 2. sich den gegenseitigen organisatorischen Beistand anerkennen, 3. die demokratisch-republikanische Verfassung des Reiches anerkennen und jeder ungesetzmäßigen Veränderung dieser Verfassung entgegenzutreten, 4. in wirtschaftspolitischen Fragen solle stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen vorangehen.

Das Abkommen ist zweifellos mager, wie dies ja zwischen Organisationen, deren Weltanschauung sich zwar in gleicher Richtung entwickelt, sich aber noch nicht deckt, gar nicht anders sein kann. Trotzdem schreibt Herr F. Geisler, der Vorsitzende des gelben Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften, in Nr. 350 der „Täglichen Rundschau“, durch dieses Abkommen werde der Deutsche Beamten-Bund auf die republikanische Staatsform festgelegt und den republikanischen Parteien als Verteidigungswaffe in die Hand gespielt. Er sagt: „Namentlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation, durch ständiges Verarbeiten sozialdemokratischer Anschauungen und Forderungen im Wochenblatt der Gewerkschaft und in den Reden der regelmäßigen Gewerkschaftsversammlungen kann der Mensch, wenn auch allmählich, so doch aber am sichersten, zum sozialdemokratischen Wähler umgestempelt werden.“ Aber nicht nur die Deutschnationalen eifern gegen das Abkommen, sondern auch der „Demokratische Zeitungsdiener“ teilt durch das „Berliner Tageblatt“ in Nr. 353 mit, das Abkommen bedeute den Anstoß an die sozialistische Partei- und Gewerkschaftsbewegung; und er fordert, daß alle demokratischen Beamten darauf hinarbeiten, den Anstoß an die sozialistische Arbeiter- und Angestelltenbewegung abzulehnen.

Nun zur komischen Seite der Sache: die kommunistische „Rote Fahne“ lobt über den konterrevolutionären Charakter der Amtlerdamer Gewerkschaftsbureaucratie, der sich aus dem oben erwähnten dritten Punkt des Abkommens ergäbe: „Offener haben sich die Amtlerdamer noch nie als die wahren Stützen des Kapitals gezeigt als hier.“ Da die gegenwärtige Redaktion der „Roten Fahne“ keinen Aufsch ohne raffinierte Fälschung schreiben kann, behauptet sie ferner, es sei in dem Abkommen vereinbart worden, das Allgemeinwohl habe den Arbeiterinteressen voranzugehen; das Allgemeinwohl bedeute aber soviel wie Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Tatsächlich ist jedoch vereinbart worden, das Allgemeinwohl habe den Privatinteressen voranzugehen — ein Satz, der für jeden klar genug ist, der überhaupt ein wenig zu denken vermag.

Ob das Abkommen demnach von dem Bundestag des Beamtenbundes genehmigt wird, steht noch dahin. Es ist interessant, daß „Tägliche Rundschau“ und „Berliner Tageblatt“ Arm in Arm gegen ein Abkommen anrennen, durch das sich der Beamtenbund von der Monarchie loszuden und für die demokratische Republik erklären würde. Hat diese Pressebegehe Erfolg, d. h. wird das Abkommen vom Beamtenbund abgelehnt, so erheben die freien Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften ihre Bewegungsfreiheit in organisatorischer Hinsicht zurück. Sie brauchen dann den Beistand des Deutschen Beamtenbundes nicht anzuerkennen, sondern können alle anderen neuen organisatorischen Bestrebungen unterstützen, denen der Geist jenes Abkommens zu Grunde gelegt wird.

Die Beamten haben oftmals geklagt, sie seien in mancher Beziehung schlechter gestellt als die Arbeiter. Jetzt bieten ihnen die Arbeiter und Angestellten ein Bündnis an, das ihnen nur von Nutzen sein kann. Mögen sie es nicht ausschlagen!

Das große Verbrechen

Trotsky gegen die Offensivtaktik

Auf dem sogenannten Moskauer Weltkongress hat die Aussprache über die Taktik der kommunistischen Internationale einen sehr breiten Raum eingenommen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die „Märzaktion“ der deutschen Kommunisten. Sie war geboren aus der angeblich neuen Erkenntnis heraus, daß die Arbeitererschaft nicht mehr in der Defensive verharren könne, da das auf die Dauer lähmend wirken und jeden revolutionären Geist ersticken müsse. So wurde ohne Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse die Offensivtaktik als neues Evangelium gepriesen und im Verfolg dieser Taktik der mitteldeutsche Putz in Szene gesetzt. Auf dem Moskauer Kongress haben nun die Befürworter dieser sogenannten neuen Taktik ihre Haltung mit allen möglichen und unmöglichen Gründen zu verteidigen gesucht, und es ist höchst interessant, wie gerade Trotsky die Verteidiger dieser neuen Taktik lächerlich machte. Unter dem Hinweis darauf, daß Hedert die Situation im März für stark revolutionär gehalten habe, während ein anderer (Thälmann) das entgegengesetzte Bild entwarf, führte Trotsky aus:

„Derselbe Genosse (Thälmann) sagte uns, es herrsche in der Arbeitererschaft ein Wall der Passivität und es gälte, diesen Wall der Passivität zu brechen durch die revolutionäre Initiative einer entschlossenen Minderheit. Hedert sagte dagegen, alles war in Aufruhr, alles war aufge-

wühlt. Sturm und Drang. Und dann kam die mitteldeutsche Geschichte. Der andere Genosse sagt: alles war versumpft. Es war ein Wall der Passivität vorhanden. Wir mußten durchbrechen, koste es, was es wolle. Jedes dieser Bilder ist ja vorzuziehlich als ein in sich geschlossenes logisches Bild, aber ich meine, sie passen kaum zueinander. Ein anderer Genosse wieder, es war Gen. Koenen, meinte, es herrsche in Mitteldeutschland heller Aufruhr und ringsumher Passivität. Es war Aktivität in die Passivität eingeklappt. Man gewinnt aus alledem den Eindruck, daß die Mitglieder der deutschen Delegation die Sache noch immer so ansehen, daß man sie um jeden Preis verteidigen muß, nicht untersuchen, nicht analysieren, und alles was wir hören, ist sozusagen nur das Mittel; der Zweck ist aber, daß man die Märzaktion vor der Internationale um jeden Preis verteidigt. Das wird ja kaum gelingen.“

Trotsky bestätigt also, was wir Dutzende Male feststellten haben: innerhalb der deutschen kommunistischen Partei herrscht eine heillose Konfusion. Soviel Führer, soviel Ansichten. Nicht einer ist in der Lage, die Situation richtig einzuschätzen. Die erforderliche Klarheit muß ihnen erst von Moskau aus ins Hirn geschämmt werden. Aber selbst Trotsky weist auf dem Erfolg seiner Erziehungsarbeit, Er sagte auf dem Kongress, daß die Vertreter der W. R. P. D. — und damit meinte er nicht die Opposition, sondern die Befürworter der neuen Taktik — eine konfuse Resolution wünschten, in die sie allmählich einen Sinn hineinlegen könnten. Die vielgepriesene Offensivtaktik aber, die von deutscher Seite aus in Moskau zu verteidigen versucht wurde, fertigte Trotsky folgendermaßen ab:

„Die Offensivphilosophie, die absolut unmärkisch ist, ist folgendem seltsamen Geist entsprungen: Es bildet sich allmählich der Wall der Passivität heraus und das ist ein Unglück, das die Bewegung versumpft. Also auf! diesen Wall zu brechen! Ich meine, in diesem Geiste hatte man im Laufe einer gewissen Zeit eine ganze Schicht der leitenden, halbleitenden Genossen der deutschen Partei erzogen, und sie warten, was der Kongress darüber sagen wird. Und wenn wir nun sagen, wir schleudern Paul Levi zum Fenster hinaus und über die Märzaktion nur in ganz konfuse Redensarten sagen, sie sei der erste Versuch gewesen, ein Schritt nach vorwärts, mit einem Wort, daß wir die Kritik phrasologisch verdecken, so haben wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt. Wir sind verpflichtet, der deutschen Arbeitererschaft klipp und klar zu sagen, daß wir diese Offensivphilosophie als die größte Gefahr und in der praktischen Anwendung als das größte politische Verbrechen anerkennen.“

Mit diesen Ausführungen hat Trotsky zugleich die ganze Arbeit der kommunistischen Partei im letzten Jahre verdammt. Erinnern wir uns an folgendes: Die Notwendigkeit der Spaltung der U. S. P. D. wurde in der Hauptsache damit zu begründen versucht, daß die Arbeiter aus ihrer Passivität heraustreten und um jeden Preis den Kampf mit der bürgerlichen Gesellschaft aufnehmen müßten. Und zwar auf schnellstem Wege, da sonst die Arbeitererschaft körperlich und geistig zugrunde gehe, in den Sumpf gerate und damit überhaupt unfähig würde zu einer neuen Revolution. Die Offensivtaktik war also der Preis der Spaltung, und wenn diese Offensivtaktik jetzt von Trotsky als ein Verbrechen bezeichnet wird, so ist damit auch die Spaltung der U. S. P. D. ein großes Verbrechen gewesen. Die Erkenntnis, zu der Trotsky heute gekommen ist, kann der deutschen Arbeitererschaft freilich nicht mehr viel nützen. Die Spaltung schneidet so tiefe Wunden in die deutsche revolutionäre Bewegung ein, daß sie noch auf Jahre hinaus gelähmt sein wird. Und das Aller schlimmste ist, daß die Offensivtaktik keine bloße Philosophie blieb, sondern sich in Taten umsetzte, die durch die Leichensteine in Mitteldeutschland und durch die überfüllten Gefängnisse und Zuchthäuser markiert werden.

In der Sitzung des Zentralausschusses der W. R. P. D. stellte Friedland den Antrag, Heinrich Brandler als Zentralmitglied abzulehnen, da die Partei mit seiner Haltung vor Gericht nicht einverstanden sei. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Parteitag zu überweisen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit an die „Rote Fahne“ die höfliche Bitte richten, doch endlich den Brief Heinrich Brandlers, dieses wahrhaft klassische Dokument revolutionären Denkens, zu veröffentlichen. Wir haben im Hinblick darauf, daß Brandler wegen seines mutigen Verhaltens vor Gericht zum Ehrenpräsidenten des Moskauer Kongresses ernannt wurde, den Brief im Wortlaut wiedergegeben und sind nun von allen Seiten demnach noch dieser Nummer bestärkt worden, daß die Auflage in kurzer Zeit vergriffen war. Eine nochmalige Veröffentlichung durch die „Rote Fahne“ würde somit einem allseitigen Bedürfnis entsprechen. Also bitte!

Die „Seeschlacht“ bei Murmansf

In einem Telegramm an die Pariser „Humanität“, in dem Tschitcherin verschiedene Äußerungen über Sowjetrußland zurückweist, heißt es über die Schießerei zwischen deutschen U-Booten und der russischen Küstenbatterie bei Murmansf: Was den Zwischenfall bei Murmansf betrifft, so wurde er durch das Verhalten der Deutschen verursacht, welche in unsere territorialen Gewässer ohne Erlaubnis und ohne Ankündigung einliefen. Das stellt eine Verletzung der elementaren und allgemein bekannten Grundsätze dar. Niemand in Murmansf war darauf vorbereitet, als plötzlich fremde Fahrzeuge erschienen. Natürlich waren unsere Batterien zum Feuer gezwungen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt und werden sie jederzeit in analogen Fällen so erfüllen. Kein fremdes Fahrzeug hat das Recht, in territoriale Gewässer ohne Erlaubnis einzulaufen, und Kriegsschiffe müssen ihre Ankunft besonders ankündigen und die Erlaubnis zum Einlaufen abwarten.

Ergebenheitserklärung der Dominien

London, 6. August. (Reuter.)

Die Premierminister des britischen Reiches richteten an den König eine Adresse, in der sie ihre loyale Ergebenheit dem Thron gegenüber zum Ausdruck bringen und erklären, sie seien im Verlaufe ihrer Beratungen stets dessen voll bewußt gewesen, daß das wichtigste Bindeglied, das ihre so weit voneinander entlegenen Völker zusammenschließt, die Krone sei und, so heißt es wörtlich weiter, „unser Vorbehalt, keine Veränderung in unserem völkischen Bestande oder in der Regierungsform die uns allen gemeinsam ist, dem Reich und seinen Souverän gegenüber schwächen zu lassen.“

Ein Weisbuch über Leipzig. Dem Reichstag ist vom Reichsminister der Justiz ein Weisbuch enthaltend Abdrucke der vom Reichsgericht auf Grund der Geleiche zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen bisher erlassenen Urteile, vorgelegt worden.

Buchdruckerstreik in Mainz. Die Buchdruckergehilfen in Mainz haben beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Sie verlangen für Mainz außer der vom 1. August an erhöhten monatlichen Mitgliedsbeiträge, welche in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin festgelegt wurde, neuerdings eine wöchentliche Bezahlungslage von 44 M.

Groß-Berlin

Der schlecht bezahlte Krieg

In den Ufern des Berliner Nils (im gewöhnlichen Leben Dähme genannt) hat am Freitag eine heftige Schlacht getobt. Keine Angst — es war nur eine Kinoshlacht. Aber sie zeigte doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den Schlachten des Weltkrieges: man unterbrach den Sturmangriff, um erst eine Lohnerhöhung durchzuführen.

Warum haben wir das nicht schon im Weltkriege gemacht! Kein Zweifel, er wäre viel schneller zu Ende gegangen. Vor jedem Sturmangriff ein Streik der Infanteristen, vor jedem Trommelfeuer ein Streik der Artilleristen — wie bald wäre der Obersten Seeresleitung die Puste ausgegangen!

Der Streik der Kuppel war erfreulich. Welch ein Verlangen, von morgens 6 Uhr bis abends spät einen blutigerrasteten Krieg zu mimen und zwischendurch noch eine andere Filmschlacht schlagen zu müssen, bergauf, bergab im Sturmlauf, schwitzend unter der Schminke — wann ist je nach der Revolution ein Krieg so schlecht bezahlt worden!

Man hat erreicht, was man wollte. Es mußte ja auch gelingen: die Massenbewegungen ägyptischer Krieger, geleitet durch moderne Kuppeltruppe — welcher Feldherr vermöchte einem solchen Angriff standzuhalten!

Wir freuen uns des ägyptischen Sieges, und wollen uns diese Taktik für einen kommenden Krieg merken!

Bereiteter Mordanschlag

Von einem in Neukölln wohnenden Kaufmann erhielt die Berliner Kriminalpolizei die Mitteilung, daß ein angeblicher Robert Wagner, mit dem er in Geschäftsverbindung gestanden hatte, ihm vorgeschlagen habe, sie wollten gemeinsam eine russische Regimentskasse mit 16 000 Goldrubeln und mehreren tausend Silberrubeln heben, die während der Kämpfe im Jahre 1914 von einem später in deutsche Gefangenschaft geratenen russischen Offizier in einem See bei Vnd verstreut worden sei. Dieser Offizier habe ihn beauftragt, die Kasse zu heben und einen bestimmten Teil des Geldes an eine Bank zu überweisen. Er selbst solle als Unterhändler dafür, daß er das Geheimnis wahren, einen Koffer mit 100 000 Mark auf dem Bahnhof in Vnd hinterlegen. Das Raubdegnat der Berliner Kriminalpolizei beauftragte nun den Kaufmann, zum Schein auf den Vorschlag einzugehen. Zu keiner Sicherheit führten einige Beamte mit nach Königsberg, wo sich der Kaufmann mit dem angeblichen Wagner traf. Von dort fuhren beide, heimlich von den Beamten gefolgt, nach Vnd. Hier wurde der Koffer deponiert und nun erklärte der angebliche Walter, daß sie, um an den See zu gelangen, einen 20 Kilometer langen Weg durch den Wald antreten müßten. Das beste wäre, sich abends auf den Weg zu machen, damit sie morgens in aller Frühe an Ort und Stelle wären.

Teht griffen die Kriminalbeamten ein. Der angebliche Wagner wurde festgenommen. Bei seinem Verhör gab er an, nicht Wagner zu heißen, sondern ein Intendantur-Sekretär Gerhard v. Radziwiski zu sein. Er blieb auch dabei, daß er tatsächlich beabsichtigt habe, die Kriegskasse zu heben. Um völlige Aufklärung zu schaffen, suchten die Beamten den See an verschiedenen Stellen ab, fanden aber nicht das geringste. Es gilt als sicher, daß Radziwiski alle seine Erzählungen erfunden und es nur auf die Ermordung des Neuköllner Kaufmanns abgesehen hatte, um sich in den Besitz des deponierten Koffers zu setzen.

Das Eisenbahnunglück bei Groß-Behnis, bei welchem durch Zusammenstoß des Stendaler Personenzuges mit einem Güterzuge der Postkassierer Wülfberg getötet und mehrere Eisenbahnbeamte schwer verletzt worden waren, hatte gestern in vierter Instanz ein Nachspiel vor der Ferienkammer des Landgerichts III. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung usw. war der Lokomotivführer Alfred Matzner. Am Morgen des 20. Februar 1919 gegen vier Uhr fuhr auf dem Bahnhof Groß-Behnis der von Stendal kommende Personenzug infolge Ueberfahrens eines Vorkignals auf einen dort haltenden Güterzug auf. Neben erheblichem Materialschaden wurden mehrere Eisenbahnpostbeamten schwer verletzt und der Postkassierer Wülfberg getötet. Die Schuld an diesem Unglück wurde dem Angeklagten beigemessen, der schon vor dem Schöffengericht von Rechtsanwalt Dr. Herbert Frankel geltend machen ließ, daß er gezwungen gewesen sei, eine völlig defekte Lokomotive zu fahren, welche infolge Undichtigkeit eines Pfansches und der Kolbenkopfstellen viel Dampf ausströmte, daß durch den ausströmenden Dampf der Ueberblick über den Fahrweg teilweise verperri war und er infolgedessen das Vorkignal übersehen habe. Das Schöffengericht kam zu einer Freisprechung. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Strafkammer folgte aber ebenfalls der Verteidigung, daß eine Schuld des Angeklagten nicht vorliege und erkannte ebenfalls auf Freispruch. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Kammergericht das Urteil auf und verurteilte die Sache an die Strafkammer zurück. Vor dieser beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich jedoch auch hier wieder der Auffassung des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung.

Im Streite erschossen. In dem Schanklokal im Hause Stettiner Straße 17 geriet gestern vormittag der 37 Jahre alte Kellner Paul Römer, Grünthaler Straße 88, mit mehreren Gästen in Streit. Im Verlaufe desselben zog der 28 Jahre alte Arbeiter P. A. einen Revolver aus der Tasche und strickte den Kellner Römer durch einen Schuß nieder. Der Tod trat auf der Stelle ein. Nachdem der Täter noch einen Schuß abgefeuert hatte, durch den ein noch unbekannter Mann eine Verletzung davontrug, flüchtete er und konnte bisher nicht ergriffen werden. — In der Saalestraße in Neukölln kam es gestern morgen zwischen dem 48 Jahre alten Metallarbeiter Karl Stadler und dem 58 Jahre alten Schneider Franz Gebhardt zu einem Streit, in dessen Verlauf Gebhardt einen Revolver zog und seinen Gegner Stadler durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel schwer verletzte. Während man den Täter festnahm, wurde Stadler in ein Krankenhaus in Neukölln transportiert.

Städtische Beamte in Differenzen mit dem Magistrat. Unter Vorsitz des Stadtschulins Dr. Lange fand Montag vormittag eine Sitzung im Rathaus statt, die sich mit der Regelung der Gruppeneinteilung der Beamten und festangestellten beschäftigte. Nach einstündiger Beratung mußte die Sitzung ergebnislos abgebrochen werden, da die Vertreter der Beamten erklärten, auf der Grundlage des Magistratsentwurfs nicht verhandeln zu können. Da andererseits der Magistratsvertreter es ablehnte, die Vorlage der Beamten als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen, kam es zum Schluß der Sitzung. Der Magistrat wird ebenso wie die Beamten zu dieser Lage Stellung nehmen müssen, um eine neue Verhandlungsgrundlage zu schaffen.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Otto Marienbögen findet am Montag, den 8. August 1921, in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Das Programm lautet: Bolonaise F. Dur von F. Vltz, Ouvertüre zu „Die Fledermaus“ von J. Strauß, Loe Maria für Violoncello (Walter Schulz) von M. Bruch, Peer Gunt, 2. Suite für Orchester von J. Grieg, Ouvertüre zu „Ein Sommertraum“ von F. Mendelssohn, Quersätze Nr. 4 von A. Dvořak, Menuett von F. Boccherini, Geschichten aus dem Wiener Wald, Walzer von J. Strauß.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Etwas kühl, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt, bei einzelnen leichten Regenschauern und spärlichen westlichen bis nordwestlichen Winden.

